

Weitere Verfahrensweise innerhalb der Abteilung M des MfS

In der politischen Gemengelage im November 1989 häuften sich die Angriffe auf das Ministerium für Staatssicherheit (MfS). In der Konsequenz zog die Staatssicherheit ihre Mitarbeiter aus den DDR-Postämtern ab.

Im November 1989 mussten SED und Staatssicherheit unter dem Druck der Bürgerbewegung immer weiter zurückweichen. Die Diktatur befand sich in einer offenen Krise. Davon blieb auch das Ministerium für Staatssicherheit nicht verschont.

Für die Staatssicherheit waren mehrere Konsequenzen der Regierungsumbildung unmittelbar sichtbar. Das Ministerium, umbenannt in "Amt für Nationale Sicherheit", war nun dem Vorsitzenden des Ministerrates statt wie bisher als "Schild und Schwert der Partei" dem SED-Generalsekretär unterstellt. Zudem war absehbar, dass die Stasi um einen gewissen Personalabbau nicht herumkommen würde. Und schließlich musste ihre künftige Funktion in dem sich wandelnden Staatswesen neu bestimmt werden.

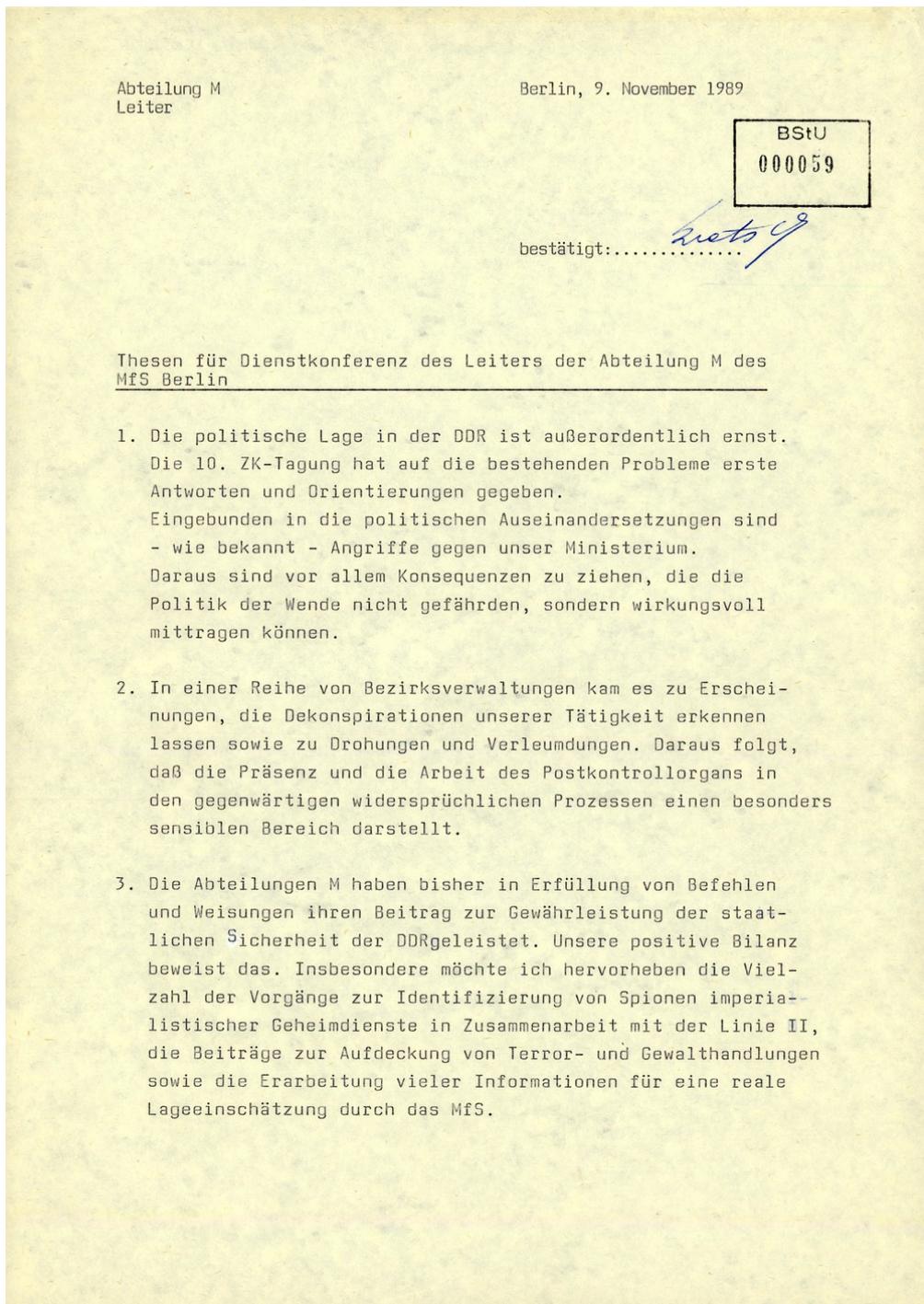
Eine weitere Maßnahme, um weniger Angriffsflächen zu bieten, war die Schließung der "Außenstellen" in wichtigen Postämtern der DDR. Dort hatten Mitarbeiter der Abteilung M der Staatssicherheit in konspirativen Räumen die Post durchgesehen. Der Leiter dieser Abteilung, Generalmajor Rudi Strobel, gab nun bekannt, dass Mielkes Stellvertreter Rudi Mittig wegen der "außerordentlich ernsten" Lage angeordnet hatte, dem ein Ende zu machen. Das hatte zur Konsequenz, "dass die politisch-operative Tätigkeit der Abteilungen M vorläufig eingestellt werden" musste. Die bisher genutzten Räume sollen außerdem ummöbliert werden, so dass nichts mehr auf ihren bisherigen Verwendungszweck hinwies.

Signatur: BArch, MfS, Abt. M, Nr. 1026, BL. 59-63

Metadaten

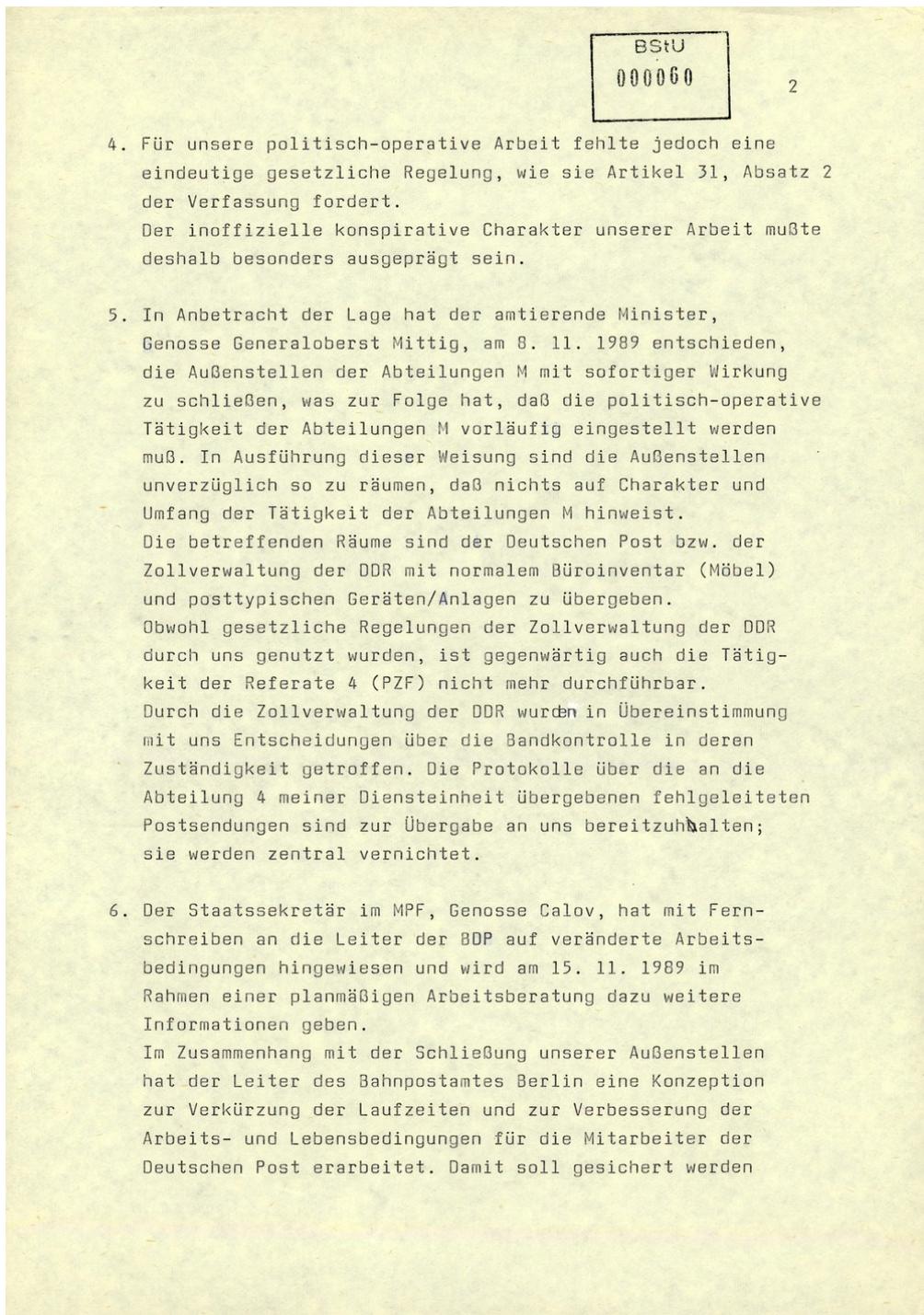
Diensteinheit: Abteilung M, Leiter Urheber: MfS
Datum: 9.11.1989 Rechte: BStU
Überlieferungsform: Dokument

Weitere Verfahrensweise innerhalb der Abteilung M des MfS



Signatur: BArch, MfS, Abt. M, Nr. 1026, BL 59-63

Blatt 59

Weitere Verfahrensweise innerhalb der Abteilung M des MfS

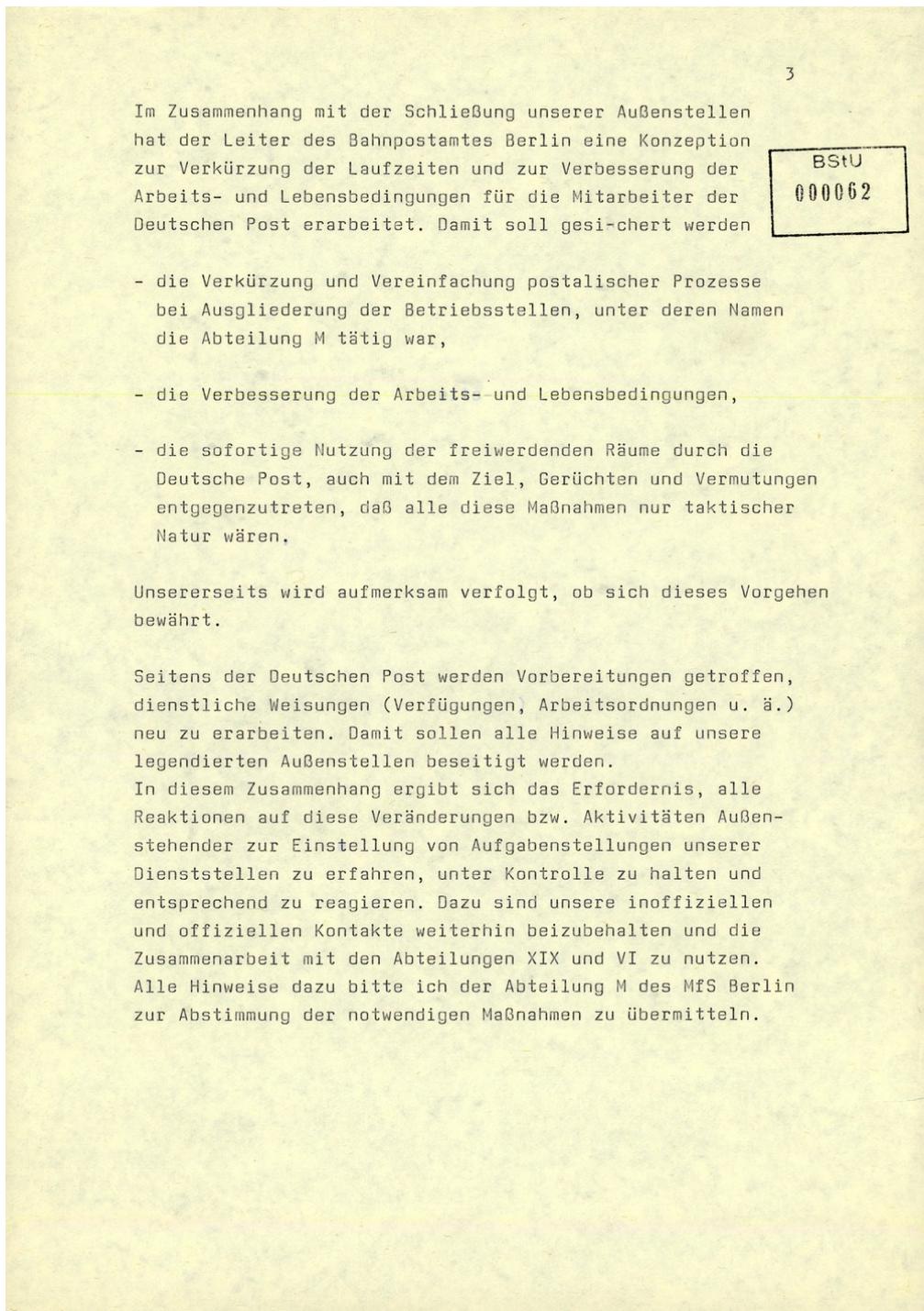
Weitere Verfahrensweise innerhalb der Abteilung M des MfS

BStU
000061

2

4. Für unsere politisch-operative Arbeit fehlte jedoch eine eindeutige gesetzliche Regelung, wie sie Artikel 31, Absatz 2 der Verfassung fordert. Der inoffizielle konspirative Charakter unserer Arbeit mußte deshalb besonders ausgeprägt sein.
5. In Anbetracht der Lage hat der amtierende Minister, Genosse Generaloberst Mittig, am 8. 11. 1989 entschieden, die Außenstellen der Abteilungen M mit sofortiger Wirkung zu schließen, was zur Folge hat, daß die politisch-operative Tätigkeit der Abteilungen M vorläufig eingestellt werden muß. In Ausführung dieser Weisung sind die Außenstellen unverzüglich so zu räumen, daß nichts auf Charakter und Umfang der Tätigkeit der Abteilungen M hinweist. Die betreffenden Räume sind der Deutschen Post bzw. der Zollverwaltung der DDR mit normalem Büroinventar (Möbel) und posttypischen Geräten/Anlagen zu übergeben. Obwohl gesetzliche Regelungen der Zollverwaltung der DDR durch uns genutzt wurden, ist gegenwärtig auch die Tätigkeit der Referate 4 (PZF) nicht mehr durchführbar. Durch die Zollverwaltung der DDR wurden in Übereinstimmung mit uns Entscheidungen über die Bandkontrolle in deren Zuständigkeit getroffen. Die Protokolle über die an die Abteilung 4 meiner Diensteinheit übergebenen fehlgeleiteten Postsendungen sind zur Übergabe an uns bereitzuhalten; sie werden zentral vernichtet.
6. Der Staatssekretär im MPF, Genosse Calov, hat mit Fernschreiben an die Leiter der BDP auf veränderte Arbeitsbedingungen hingewiesen und wird am 15. 11. 1989 im Rahmen einer planmäßigen Arbeitsberatung dazu weitere Informationen geben. Analog dazu wird der Stellvertreter Operativ der Zollverwaltung der DDR, Hauptinspekteur Seidenzahl, die Stellvertreter Operativ der Bezirksverwaltungen Zoll am 10. 11. 1989 informieren.

Weitere Verfahrensweise innerhalb der Abteilung M des MfS



Signatur: BArch, MfS, Abt. M, Nr. 1026, Bl. 59-63

Blatt 62

Weitere Verfahrensweise innerhalb der Abteilung M des MfS

4

7. Ausgehend von absehbaren zentralen Entscheidungen über die weitere Tätigkeit der Abteilungen M gilt es abzuwarten und diese Zeit sinnvoll zu überbrücken. BStU
Vorschläge dazu: 000063
- Sichtung, Überprüfung, Aufbereitung operativer Materialien,
 - Aktualisierung der Speicher M 01 und M 02 unter dem Aspekt operativer Relevanz der eingespeicherten Materialien,
 - konzentrierte Fortsetzung laufender Qualifizierungsmaßnahmen (externe Fachschulausbildung),
 - Delegierung von geeigneten Mitarbeitern zur Unterstützung der Arbeit der Deutschen Post und der Zollverwaltung der DDR; dazu werden konkrete Festlegungen mit dem MPF und der Zollverwaltung der DDR getroffen; nötig sind dazu auch Entscheidungen der HA Kader und Schulung.
8. Eine prinzipielle Antwort zum möglichen Weiterarbeiten der Abteilungen M auf neuen Grundlagen kann erst gegeben werden, wenn Entscheidungen der Volkskammer und des neuen Ministerrates über Aufgaben, Befugnisse und Arbeitsweise des MfS vorliegen werden.


Strobel
Generalmajor